

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	71
		<b>TOP:</b>	5
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	15.03.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Wallisch (ASW)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Stuttgart-Süd, Böblinger Straße in der Ortsdurchfahrt Kaltental, Einrichtung von Pop-up-Radwegen zwischen Waldeck und Schwarzwaldstraße</b> <b>- mündlicher Bericht -</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Wallisch (ASW) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation. Er ergänzt bei Folie 5, hinsichtlich des Überholabstands zwischen Kraftfahrzeugen (Kfz) und Radfahrern/Radfahrerinnen sei eine objektive Untersuchung gemeinsam mit der Hochschule Karlsruhe durchgeführt worden. Hierbei seien die Überholvorgänge von einer Fußgängerbrücke mit einer Videokamera erfasst worden. Es sei festgestellt worden, dass in Fahrtrichtung Vaihingen trotz parkender Fahrzeuge rund 90 Prozent der Radfahrer\*innen von Kraftfahrzeugen überholt worden seien. Lediglich 10 bis 11 Prozent der Radfahrenden seien nicht überholt worden. Anders gestalte sich die Situation in Fahrtrichtung Innenstadt: Da dort im Bereich der Fußgängerbrücke keine parkenden Fahrzeuge vorhanden wären und ein Radschutzstreifen, bestehe ergäben sich bei Überholvorgängen keine Probleme. Zusätzlich sei eine Sicherheitskampagne hinsichtlich der Einhaltung der Sicherheitsabstände beim Überholen seit Mai 2021 durchgeführt worden, da dieser Abstand von mindestens 1,5 Meter vielen Bürger\*innen nicht bekannt sei. Da die Problematik mit der Abstandsregelung bundesweit bestehe, sei in der neuen Straßenverkehrsordnung (StVO) seit letztem Jahr ein neues Schild eingeführt worden: Dieses Verkehrszeichen VZ 277.1 beinhalte ein Verbot des Überholens von einspurigen

Fahrzeugen. Ein derartiges Schild sei unterstützend im Stadtteil Kaltental aufgestellt worden, allerdings gelte die Überholregelung im gesamten Straßennetz. Eine Möglichkeit, bei diesem Problem Abhilfe zu schaffen, könne die Verringerung des Geschwindigkeitsunterschieds zwischen Kraftfahrzeugen und Radfahrenden darstellen. Dies bedeute, die zulässige Geschwindigkeit von 50 km/h auf 40 oder 30 km/h abzusenkten. Dies sei an der betroffenen Stelle jedoch nicht möglich, da für eine Geschwindigkeitsreduzierung keine Begründung vorliege. Es griffen weder die Luftreinhaltungs- oder Lärmschutzvorgaben, noch liege ein erhöhtes Unfallaufkommen vor. Ebenso könnten die Radfahrer\*innen nicht in einen anderen Bereich verlagert werden. Daher verbleibe als Möglichkeit der Wegfall der Parkplätze. Herr Wallisch berichtet weiter ab Folie 6. Abschließend fasst er zusammen, in Kaltental bestehe ein Sanierungsgebiet. Hierbei sei ein wichtiges Ziel, den Bereich der Böblinger Straße aufzuwerten. Dieses beinhalte einen Stadtbahnkörper mit Schotterbelag, der den Stadtteil zertrenne. Da diese Planung einige Zeit dauern werde, und weitere Jahre für die Umsetzung vergehen würden, entstehe ein Handlungsdruck. Daher spreche sich die Verwaltung für die Einrichtung der Pop-up-Radwege als Überbrückungslösung aus. Außerdem bestehe der Vorschlag, einen sogenannten "Pulk-Start" im Bereich Waldeck in Fahrtrichtung Vaihingen einzurichten. Einige Parkplätze könnten erhalten bleiben, und die Radfahrenden in Richtung Vaihingen dürften an der dortigen Ampel früher starten, sodass sie einen Vorsprung vor den Kraftfahrzeugen bekämen und den später beginnenden Pop-up-Radweg vor diesen erreichten. Die Möglichkeit eines Pulk-Starts könne zwar vom Tiefbauamt untersucht werden, stelle jedoch einen gewissen Aufwand dar, der sich über einen Zeitraum von sechs bis acht Monaten erstrecken könne. Die Verwaltung wolle ungern die Einrichtung der Pop-up-Radwege bis zu diesem Zeitpunkt aufschieben, sondern diese bis zum Sommer 2022 umsetzen, so Herr Wallisch.

StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) betont hinsichtlich der Anzahl der von Herrn Wallisch genannten Parkplätze, in der Endbilanz entstehe kein Verlust dieser Plätze. Allerdings bestünden in der betroffenen Gegend Unternehmen, Gebäude und mehrere Straßen, vor allem zahlreiche Abstellmöglichkeiten auf privaten Grundstücken. Die Anwohner\*innen schätzten für die 205 angemeldeten Fahrzeuge rund 180 bis 190 Stellplätze auf Privatgrundstücken (z. B. Garagen, Hinterhöfe). Falls alle Abstellmöglichkeiten adiiert würden, ergebe sich eine deutlich höhere Anzahl an Parkplätzen. In diesem Zusammenhang müssten die Bewohner\*innen ihre Stellplätze und Garagen räumen und ihre Fahrzeuge auf ihren eigenen Flächen abstellen. Ebenso sei eine nicht genutzte Tiefgarage in diesem Gebiet vorhanden. Aus diesen Gründen werde sich die Parkplatzsituation für die Anwohner sehr rasch entspannen, wenn die vorhandenen privaten Parkflächen genutzt würden. Daher sei das Parkplatzproblem nicht in dem Ausmaß eklatant, wie ursprünglich angenommen. Falls man die von den Anwohnerinnen und Anwohnern dargelegten Zahlen relativieren wolle, solle die Verwaltung klären, für welche Anzahl der angemeldeten Fahrzeuge private Stellplätze vorhanden seien. Die Abwägung bestehe einerseits darin, wie bequem es für die Autofahrer\*innen aufgrund größerer fußläufiger Entfernungen zukünftig sein werde. Andererseits machten viele der zahlreichen Radfahrenden (500 bis 600 im Winter, etwa 1.000 im Sommer) Erfahrungen mit knappen Überholmanövern. Über die vollendeten 90%igen Überholvorgänge sei sie erschrocken, so die Stadträtin. Zudem müssten die Radfahrer\*innen die geparkten Fahrzeuge sehr eng passieren, was eine große Gefahr darstelle, wenn eine Autotür geöffnet werde. In diesem Fall könne es passieren, dass der Radfahrende ausweichen müsse, oder stürze, und direkt vor das überholende Fahrzeug falle. Es habe bereits ein schwerer Unfall stattgefunden, den der Radfahrende nicht hätte vermeiden können. Es bestehe die dringende Notwendigkeit, Schutzmaßnahmen für die Radfahrer\*innen ein-

zurichten. Ihre Fraktion stimme den Pop-up-Radwegen und der Suche nach Parkmöglichkeiten auf der zukünftigen Kitafläche bis zur Untersuchung des Parkraummanagements zu. Die gesamte Entwicklung komme vermutlich auch dem gesamten Stadtteil zugute, da weniger Fahrzeuge am Straßenrand geparkt würden und es insgesamt ruhiger werde. Im Bereich Waldeck bestehe in Aufwärts-Richtung die Situation, dass der Radweg zunächst linksseitig geführt und danach über die Kreuzung und die Straßenbahngleise auf die rechte Seite geleitet werde. Sie könne sich an dieser Stelle nicht vorstellen, wie ein Pulk-Start für die Radfahrenden von links nach rechts oben organisiert werden könne. Falls jedoch die Möglichkeit eines Pulk-Starts an dieser Stelle bestehe, unterstütze dies ihre Fraktion.

Er könne sich in Teilen den Ausführungen seiner Vorrednerin anschließen, so StR Kotz (CDU). Allerdings klängen die Aussagen hinsichtlich der abgeschlossenen und abgebrochenen Überholvorgänge dramatisch. Es bestehe an dem betroffenen Streckenabschnitt kein überhöhtes Unfallaufkommen, da sonst ein reduziertes Tempolimit angeordnet werden könne. Er sei der Auffassung, wenn eine Abstandsregelung in der StVO enthalten sei, müsse dies mit Kontrollen überprüft und gegebenenfalls mit Bußgeldern oder Punkten geahndet werden. Er sehe es jedoch nicht als zwingend an, aufgrund einiger sich nicht korrekt verhaltener Pkw-Fahrer grundsätzliche Änderungen herbeizuführen. Dennoch sei die Situation in Aufwärts-Richtung nicht zufriedenstellend. Es müsse aufgrund der unterschiedlichen Geschwindigkeit der Radfahrer eine Unterscheidung zwischen Auf- und Abwärts-Richtung gemacht werden. Die von Herrn Wallisch dargestellte Analyse zur Parkplatzsituation sei zwar mathematisch korrekt, sei jedoch wenig realistisch. Es stelle sich die Frage, wie viele Fahrzeuge von Personen dort parkten, welche ein Fahrzeug besäßen, das nicht auf sie selber zugelassen sei, sondern auf ihre Arbeitgeber. Diese Fahrzeuge seien in der Erhebung von Herrn Wallisch nicht erfasst worden. In der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) sei die Quote der Dienstfahrzeuge deutlich höher als in anderen Städten. Falls jenseits der Gleise in entgegengesetzter Fahrtrichtung ein Stellplatz vorhanden sei, stelle dies für den Fahrer keine nutzbare Alternative dar. Der Stadtrat betont, es bestünden zwar noch Ressourcen hinsichtlich von Stellplätzen auf Privatgelände. Mittlerweile würden jedoch in einigen Garagen, die vor Jahren noch leer gestanden hätten, eine Fahrradflotte, Lastenfahrräder oder E-Roller abgestellt. Bezüglich eines möglichen Parkplatzes auf einem zukünftigen Kitagelände gibt der Stadtrat zu bedenken, der Gemeinderat habe bei einem anderen Kita Parkplätze abgelehnt. Daher sei es problematisch, Hoffnungen auf diesen Parkplatz vor einem verbindlichen Beschluss zu wecken. Er schlägt daher ein zweistufiges Verfahren vor: In Aufwärts-Richtung könnten aufgrund der langsam fahrenden Radfahrer\*innen die Parkplätze wegfallen, und es könnte durch eine weitere Analyse das Parkverhalten untersucht werden. In talseitiger Richtung sei der Druck nicht derart groß, da dort die Radfahrenden über eine höhere Geschwindigkeit verfügten und daher Fahrzeuge hinter den Radfahrerinnen und Radfahrern verbleiben könnten.

Seine Fraktion unterstütze die Einrichtung des Pop-up-Radwegs mit zwei Maßgaben, so StR Körner (SPD). Zum einen solle der Parkplatz vor der Kita ab dem Sommer den Anwohner\*innen für zwei Jahre zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren solle der Pulk-Start positiv geprüft und möglichst zügig umgesetzt werden. Die SPD unterstütze den Pop-up-Radweg, da dieser Streckenabschnitt eine wichtige vielbefahrene Radroute darstelle. Es dürfe nicht erst ein schwerer Unfall geschehen, sondern es solle vorher gehandelt werden. Diese beiden Maßgaben seien seiner Fraktion sehr wichtig, da neben der Sachfrage stadtweit intensive Diskussionen bestünden und daher ein vernünftiger Ausgleich gesucht werden müsse. Diesen Ausgleich hätten zahlreiche Beteiligte in

den letzten Monaten und Jahren mit ihrer Arbeit im Rahmen der Zukunftswerkstatt für das Sanierungsgebiet gefunden. Dabei seien alle Interessen ausbalanciert und dadurch die Lösung des Kitaparkplatzes, des Pulk-Starts sowie des Parkraummanagements gefunden worden.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, seine Fraktion unterstützte den Pop-up-Radweg und begrüße die vor Ort stattgefundenene Beteiligung, die verschiedene Lösungsmöglichkeiten erarbeitet habe. Die von StRin Dr. Lehmann vorgeschlagene Untersuchung bezüglich der Parkmöglichkeiten auf Privatflächen sei ebenso zu begrüßen. Oftmals sei zu beobachten, trotz zur Verfügung stehender privater Stellplätze würden die Fahrzeuge aus Bequemlichkeit an der Straße abgestellt. Er schlägt eine Kampagne mit dem Hinweis vor, dass kein Anrecht darauf bestehe, mehrere Fahrzeuge eines Haushalts an der Straße abzustellen, obwohl diese Möglichkeit auf der eigenen Privatfläche bestehe. Der öffentliche Raum müsse vielmehr für Fuß- und Radwege verwendet werden. Daher sei das Parkraummanagement und Parkplätze auf vorhandenen Flächen wichtig. Das gelte nicht für Wohnmobile und Ähnliches, die hier nicht abgestellt werden dürften.

Er schließe sich grundsätzlich den Ausführungen von StR Kotz an, so StR Serwani (FDP). Zudem stimme er den Ausführungen von StR Körner mit den von ihm vorgeschlagenen beiden Maßgaben an. Er werde dem Pop-up-Radweg nur zustimmen, wenn diese beiden Maßgaben umgesetzt würden. Seit der von Herrn Wallisch erwähnten Aufstellung eines neuen Straßenverkehrsschildes habe sich die Situation beim betroffenen Streckenabschnitt verbessert. Glücklicherweise hätten sich keine gravierenden Unfälle ereignet. Der Stadtrat kritisiert die Aussage von StR Pantisano, es bestehe kein Anrecht auf das Parken von mehreren Fahrzeugen eines Haushalts an der Straße. Die dortigen Anwohner\*innen in dem Gebiet verfügten sicher nicht über mehrere Fahrzeuge pro Haushalt. Die zugelassenen Fahrzeuge dürften aufgrund der dortigen Gewerbebetriebe nicht berücksichtigt werden. Diese Fahrzeuge kämen von anderen Stadtbezirken oder sogar von außerhalb der LHS. Die Nutzung des Kita-Parkplatzes über zwei bis drei Jahre sei begrüßenswert, da hierdurch wenigstens ein kleiner Ausgleich geschaffen werden könne. Hinsichtlich der Aussage, die Anwohnerinnen und Anwohner könnten 200 Meter fußläufig zurücklegen, gibt StR Serwani zu bedenken, es wohnen zahlreiche ältere und auf ein Fahrzeug angewiesene Personen in dem Gebiet. Bislang bestehe keine Möglichkeit, die Geschwindigkeit auf unter 50 km/h zu reduzieren. Allerdings habe das Bundesverkehrsministerium signalisiert, diese Vorgabe noch vor der Sommerpause zu ändern. Hierdurch solle den Kommunen mehr Möglichkeiten zugestanden werden, selber über die Einführung der Gebiete mit geringeren Geschwindigkeitslimits entscheiden zu können. Seine Fraktion werde in der heutigen Sitzung dem Pop-up-Radweg noch nicht zustimmen.

StR Ozasek (PULS) begrüßt die Bemühungen der Verwaltung, den Verkehrsversuch vor Ort in der Bürgerschaft zu vermitteln. Nach seinen Erfahrungen bestehe ein Handlungsdruck, da sich die Netzebenen überlagerten (Vorbehaltsstraße mit Tempo 50, Stadtbahntrasse in Mittellage, Hauptradroute 1 mit überörtlicher Verbindungsfunktion). Es stelle sich eine objektive Sicherheitsproblematik dar, die nicht kleingeredet werden solle. Die Polizei könne die Situation nicht in einem Dauereinsatz ständig überwachen und Bußgelder verhängen. Angesichts der hohen Aggressivität vieler Autofahrer\*innen gegenüber den Radfahrenden bestehe ein objektiver Handlungsdruck, und es müsse präventiv - und nicht bis zu einem schweren, möglicherweise tödlichen Unfall - gegen gesteuert werden. Die Straßenverkehrsbehörde habe die Thematik mit Überholab-

standsmessungen geprüft und festgestellt, dass nahezu jeder Überholvorgang rechtswidrig und objektiv gefährdend für Radfahrende sei. Daher müsse nun gehandelt und eine rasche und unbürokratische Lösung gefunden werden. Die einzige Option bestehe darin, dass die Parkierung in dem betroffenen Streckenabschnitt entfallen müsse, da die verschiedenen Netzebenen nicht auf andere Weise angeordnet werden könnten, und nur in der Tallage verortet werden könne. Bemerkenswert sei die hohe Anzahl der im öffentlichen Raum geparkten Wohnwagen und Anhänger. Ebenso sei eine hohe und stabile Auslastung im Tagesverlauf bei den Parkplätzen zu beobachten, da viele Fahrzeuge kaum bewegt würden. Vermutlich seien dies die Zweit- oder Drittfahrzeuge, die aus Gewohnheit dort abgestellt würden. Er hoffe daher, die Anwohnerschaft entdecke ihre privaten Garagen wieder, die häufig zweckentfremdet würden. Das Parkraummanagement werde in diesem Zusammenhang einen wesentlichen Beitrag leisten und Druck erzeugen, die Privatgaragen wieder zu nutzen. Beim Thema Pulk-Start sei es bedauerlich, dieses erneut intensiv zu prüfen. Schlussendlich werde dadurch in Abschnitten Mischverkehrsfläche hergestellt, was keine dauerhafte Lösung für den Radverkehr darstelle. Zudem widerspreche dies den vom Gemeinderat verabschiedeten Zielen, eine Netzqualität in Hinblick auf einen zukünftigen Radschnellwegestandard herstellen zu wollen. Daher stellt sich für den Stadtrat die Frage, ob für diesen Übergangszeitraum ein mehrmonatiger halbjährliche Prüfaufwand gerechtfertigt sei. Schließlich hätten die Stadtplaner andere Aufgaben, als derartige temporäre Lösungen auszuarbeiten. Der Aspekt der Notwendigkeit eines zukünftigen Radschnellwegestandards widerspreche dem von der CDU vorgeschlagenen zweistufigen Verfahren, welches daher nicht ernsthaft diskutiert werden solle.

Er stimme tendenziell sowohl den Ausführungen der StRe Kotz und Serwani als auch den Ausführungen von BV Herrn Grieb zu, betont StR Schrade (FW). Herr Grieb befindet sich auf der Suche nach einem guten tragfähigen Kompromiss.

Nach Auffassung von StR Dr. Mayer (AfD) ist das gesamte Thema noch nicht ausdiskutiert. Bei der mittel- und langfristigen Planung sollten alternative Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, beispielsweise, wie der Fahrbahnbelag in dem Maße in Richtung Gleisbett verbreitert werden könne, um mehr Platz zu erhalten. Dieses stelle allerdings keine kurzfristig umsetzbare Lösung dar. In jedem Fall sollten die Interessen der Anwohnerschaft sowie der Fahrzeughalter und -fahrer berücksichtigt werden. Seine Fraktion werde dem Pop-up-Radweg in der heutigen Sitzung nicht zustimmen.

StRin Dr. Lehmann betont hinsichtlich des Pulk-Starts, es stehe weiterhin ihre Frage im Raum, wie dieser bewerkstelligt werden könne. Sie schlägt im Falle einer diesbezüglichen Lösung vor, dass hierdurch nicht der Pop-up-Radweg behindert werden solle. Daher solle erst der Pop-up-Radweg eingerichtet und danach der Pulk-Start geprüft werden. Falls diese Prüfung positiv verlaufe, könnten wieder zwei Parkplätze hergestellt werden. Dennoch müssten Alternativflächen zur Abstellung von Wohnmobilen in der LHS gefunden werden. Der Parkdruck gestalte sich nicht in dem hohen Maß wie dargestellt.

Nach seinem Verständnis, so BM Thürnau, sei die Frage der Kitaflächen zur Interimsnutzung zum Parken geklärt. Das Thema Pulk-Start könne nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums gelöst werden. Falls sich ein Pulk-Start als möglich erweise, könnten etwa sechs bis acht Parkplätze erhalten bleiben. Falls, wie von StRin Dr. Lehmann ausgeführt, ein weiteres halbes Jahr abgewartet werde, bis etwa die Ampelschalttechnik ge-

prüft worden sei, sei dies ein Festhalten zu einem falschen Zeitpunkt. Eigentlich habe die Verwaltung nach dem Dafürhalten des Bürgermeisters alle Fakten vorgelegt.

Herr Wallisch betont, die Verwaltung sage eine Prüfung des Pulk-Starts zu, wobei es keineswegs sicher sei, dass dieser funktioniere, da die Rahmenbedingungen an der betroffenen Kreuzung Waldeck sehr kompliziert seien. Mit der Einführung des Pop-up-Radweges solle aufgrund der Pulk-Startprüfung nicht abgewartet werden. Der Pop-up-Radweg stelle schließlich eine rasche und einfache Lösung dar. Bezüglich der von ihm dargestellten Parkplatzbilanz gibt Herr Wallisch zu bedenken, diese Arten von Bilanzen seien stets angreifbar. Hierbei stelle die Überprüfung der Parkplatzsituation auf privatem Grund einen heiklen Aspekt dar, da die Verwaltung hierzu nicht befugt sei. Falls der Pop-up-Radweg eingerichtet werde, bestünde für die Anwohnerschaft die Wahl, entweder auf ihrem Privatgrundstück zu parken oder einen Fußweg in Kauf zu nehmen. Aufgrund der Begehung und entsprechender Luftbilder sei ein Potenzial auf den Privatflächen zum Parken festgestellt worden. Die Verwaltung habe alle Aspekte in Zusammenhang mit dem Pop-up-Radweg geprüft. Falls die Entscheidung in der heutigen Sitzung vertagt würde, könne die Verwaltung auch in einigen Wochen keine neuen Erkenntnisse präsentieren.

Der von Herrn Wallisch dargestellte Sachverhalt bestehe ebenso in anderen Städten, so BM Thürnau. Selbst wenn die Verwaltung die Parksituation auf Privatgrundstücken erheben würde, ergebe sich kein Einflussbereich, den privaten Grundstückseigentümern ein anderes Parkverhalten vorzuschreiben. Es stelle sich die Frage, ob das Gremium mit seiner Entscheidung bis zur nächsten Sitzung des STA am 29.03.2022 abwarten wolle, und ob die Verwaltung diesen Tagesordnungspunkt (TOP) erneut auf die Tagesordnung setzen solle. Die Verwaltung sei jedoch in der heutigen Sitzung entscheidungsfähig.

Für StR Schrade stellt sich die Frage, wie die Verwaltung im Fall der wahrscheinlichen Einrichtung des Pop-up-Radwegs die weitere Entwicklung begleite. Es sei zu vermuten, dass es durch die Einrichtung des Pop-up-Radwegs zu größeren Problemen komme, da Parkraum entfalle.

In der heutigen Sitzung handle es sich bei diesem TOP lediglich um einen mündlichen Bericht und keine Beschlussfassung, gibt StR Serwani zu bedenken. Daher begrüße er es, das Thema in der nächsten STA-Sitzung am 29.03.2022 erneut zu diskutieren und möglicherweise abzustimmen. Dadurch könne er noch Gespräche mit seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen führen.

StR Körner betont, vor Ort habe eine derart gute Vorarbeit stattgefunden, dass sich seine Fraktion in der heutigen Sitzung in der Lage fühle, der Einrichtung des Pop-up-Radwegs mit den von ihm zuvor dargelegten beiden Maßnahmen zuzustimmen. Im STA könne nicht jedes Detail in Bezug auf die Parkplätze geregelt werden.

Diesen Ausführungen stimmt StR Ozasek zu. Alle Fakten lägen vor und alle Beteiligten seien miteingebunden gewesen. Daher stimme seine Fraktion dem Pop-up-Radweg zu. Er ergänzt hinsichtlich des Pulk-Starts, ein möglicher Prüfungsvorgang würde erhebliche Ressourcen bei der Verkehrsplanung und der Straßenbehörde binden. Zudem sei nicht ersichtlich, dass dies zu einem Ergebnis führe, und es gehe lediglich um den Erhalt weniger Parkplätze. Insgesamt empfehle er, auf eine Prüfung zu verzichten.

StR Pantisano schließt sich der Auffassung von StR Körner an, den Pop-up-Radweg mit den zwei aufgeführten Maßgaben beschließen zu können. In Italien würde man parkenden Autos, die permanent im öffentlichen Raum geparkt seien, "die Reifen zerstechen". Selbstverständlich sollten in der LHS keine Reifen zerstoßen werden, sondern für diese Problematik nach anderen Lösungen gesucht werden.

StR Kotz betont, im öffentlichen Raum seien diejenigen Bereiche, in denen Parkplätze angeboten würden, für eine Parknutzung vorgesehen. Es dürfe keineswegs dazu aufgerufen werden, Autoreifen zu zerstechen. In der Sitzung seien oftmals Wortbeiträge geäußert worden, dass sich Autofahrer\*innen wenig an Regeln halten würden, und auf der anderen Seite die bedauernswerten Radfahrenden die Leidensfähigen seien. Allerdings müsse sich gefragt werden, wie zahlreiche Radfahrer mit Fußgängern umgingen. Diese Problematik müsse ebenso erwähnt werden. Die ökosoziale Mehrheit verwende in den Gremien ausdrucksstarke wortgewaltige Formulierungen hinsichtlich der angeblich rücksichtslosen Autofahrern. Es gebe bei den Autofahrern mindestens genauso viele sogenannte "schwarze Schafe" wie bei den Radfahrern. Der Versuch, die Meinungshoheit an sich zu reißen, und der Sitzung einen entsprechenden Stempel bei diesen Themen aufzudrücken, sei unerträglich. Vielmehr müsse eine objektive Diskussion über diese Aspekte stattfinden.

Es solle möglichst in keine Grundsatzdebatte abgeglitten werden, so BM Thürnau. Im Chat sei gerade ein Beitrag eingestellt worden, dass alle Beteiligten in unterschiedlichen Funktionen im Straßenverkehr unterwegs seien. Unabhängig davon bestehe die Notwendigkeit einer gegenseitigen Rücksichtnahme.

StR Körner weist die Ausführungen von StR Kotz zurück und bekräftigt seine Aussage, im Zusammenhang mit dem Pop-up-Radweg seien alle Beteiligten miteingebunden gewesen, was positiv zu bewerten sei. Zudem habe StR Kotz eine ökosoziale Mehrheit erwähnt. Die SPD-Fraktion sei in einigen Fällen Teil dieser Mehrheit, in anderen Fällen jedoch nicht. Zudem kritisiert der Stadtrat die Äußerungen von StR Pantisano hinsichtlich des Reifenzerstechens in Italien als diskriminierend.

Radfahrende würden zur Verringerung des Autoverkehrs in der Stadt beitragen, so StRin Dr. Lehmann. Die verbleibenden Autofahrer\*innen besäßen größer Chancen, einen Parkplatz zu finden und stünden weniger im Stau. Dies treffe besonders auf den unter diesem TOP behandelten Streckenanschnitt zu. Ihre Fraktion schlage vor, diesen TOP in der heutigen Sitzung abzustimmen.

StR Kotz bekräftigt seine Auffassung, bei Aussprachen ausgewogener zu diskutieren, damit nach außen keine lediglich schwarze oder weiße Sichtweise entstehe.

Zahlreiche Wortbeiträge hätten gezeigt, so BM Thürnau, dass sich das Projekt auf einem richtigen Weg befinde. Im Straßenverkehr würden täglich unterschiedliche Verhaltensweisen an den Tag gelegt. Ziel müsse eine gegenseitige Rücksichtnahme und eine entsprechende Kommunikation sein. Er bestätigt die Auffassung von StR Serwani, bei diesem TOP handle es sich um einen mündlichen Bericht. Aus der deutlichen Mehrheit der Wortmeldungen habe er jedoch entnommen, so BM Thürnau, dass in der heutigen Sitzung bereits eine Abstimmung über die Einrichtung des Pop-up-Radwegs mit den vorgeschlagenen Maßgaben erfolgen könne. Dadurch könne eine erneute Behandlung des Themas in der nächsten STA-Sitzung ohne neue Erkenntnisse vermieden werden. Diesen Ausführungen des Vorsitzenden wird Zustimmung signalisiert.

Auf Nachfrage von StR Schrade, wer diesen Prozess begleiten werde, betont Herr Wallisch, die Verwaltung werde das Projekt bezüglich der Verkehrssicherheit und der Unfalllage sowie der Parksituation und des Lieferverkehrs begleiten. Ebenso werde die Geschwindigkeitsentwicklung beim Rad- und Kfz-Verkehr sowie die Beschwerdelage beobachtet.

Auf seine Frage, wer der Einrichtung eines Pop-up-Radwegs mit den von StR Körner aufgeführten Maßgaben zustimmt, stellt BM Thürnaeu fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt bei 8 Ja- und 6 Gegenstimmen mehrheitlich die Einrichtung eines Pop-up-Radwegs.

Danach schließt BM Thürnaeu diesen Tagesordnungspunkt ab.

Zur Beurkundung

Haupt / fr



## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB  
S/OB-Mobil
  3. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  4. Referat T  
Tiefbauamt (2)
  5. BV Süd
  6. Stadtkämmerei (2)
  7. Amt für Revision
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*